



Niederschrift

**über den öffentlichen Teil der 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 28.09.2006
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal**

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Dr. Hans-Harald Fitschen
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Ludwig Althaus
Abg. Renate Bassen
Abg. Reinhold Becker
Abg. Joachim Behnken
Abg. Hans-Hermann Beneke
Abg. Doris Brandt
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Lütje Burfeindt
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Friedhelm Fitschen
Abg. Reinhard Frick
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Innozenz Grad
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Bernhard Hasselhoff
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Klaus Huhn
Abg. Karl-Heinz Imbusch
Abg. Jürgen Jürgensen
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Johannes Klindworth
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Klaus Lütjens
Abg. Hans-Heinrich Miesner
Abg. Karlheinz Poreda
Abg. Hartmut Prella

Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Susanne Rohr
Abg. Jürgen Rudolph
Abg. Hans-Georg Schröder
Abg. Dr. Erika Schumann-Mößeler
Abg. Detlef Steppat
Abg. Erhard Thies
Abg. Heike Treu
Abg. Carl-Detlev von Hammerstein
Abg. Adolf Wilshusen
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Hermann Luttmann
KR Sven Höhl
KVOR´in Heike Körner
Frau Marianne Schmidt
KAR Hermann Naused
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Heinrich Ehlen
Abg. Jürgen Borngräber
Abg. Hans-Hermann Brandt
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Lühr Klee
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Lür Schlesselmann
Abg. Christian Sonnenwald

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 15.06.2006
- 4 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 5 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 6 Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2004 des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2001-06/1475

- 7** Verwendung des Ergebnisses des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2004
Vorlage: 2001-06/1476
- 8** Haushaltsüberschreitungen
- 8.1** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2141.942000 (Sanierung, bauliche Ergänzung - Pestalozzischule Rotenburg)
Vorlage: 2001-06/1479
- 8.2** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2310.540000 (Energie, Heizmaterial - Gymnasium Bremervörde)
Vorlage: 2001-06/1484
- 8.3** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2500.540000 (Energie, Heizmaterial - Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule Bremervörde)
Vorlage: 2001-06/1482
- 8.4** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2501.540000 (Energie, Heizmaterial - Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümmel))
Vorlage: 2001-06/1483
- 8.5** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2929.712000 (Zuweisung zu den Unterhaltungskosten - Schullastenausgleich)
Vorlage: 2001-06/1480
- 8.6** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 4122.730310 (Hilfen für ambulant betreutes Wohnen für seelisch behinderte Menschen (nach Vollendung des 60. Lebensjahres))
Haushaltsstelle 4122.730410 (Hilfen für ambulant betreutes Wohnen für geistig behinderte Menschen (nach Vollendung des 60. Lebensjahres))
Vorlage: 2001-06/1477
- 8.7** Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 5100.981000 -Landesumlage für Investitionen - Krankenhäuser Allgemein
Vorlage: 2001-06/1460
- 8.8** Unterrichtung
Vorlage: 2001-06/1450/1
- 9** Neufassung der Satzung für die Sparkasse Rotenburg-Bremervörde
Vorlage: 2001-06/1491
- 10** Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 2001-06/1471
- 11** Jugendhilfeplanung;
hier: Jährliche Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege für den Übergangszeitraum bis 1. Oktober 2010
Vorlage: 2001-06/1472
- 12** Pendlernetz - Einsatz einer Online-Software zur Vermittlung von Fahrgemeinschaften;
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2005
Vorlage: 2001-06/1395

- 13 Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 2001-06/1448
- 14 Grundstücksangelegenheit - Erwerb eines unbebauten Grundstückes in Bremervörde
Vorlage: 2001-06/1461
- 15 Anfragen
- 16 Einwohnerfragestunde
- 17 Verabschiedung der mit Ablauf der Wahlperiode aus dem Kreistag ausscheidenden
Kreistagsabgeordneten

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist. Er begrüßt die Zuhörer, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Die Abg. Borngräber, H.-H. Brandt, Ehlen, Helberg, Klee, Leefers, Schleeßelmann und Sonnenwald fehlen entschuldigt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Abg. Brunkhorst fragt, welcher Tagesordnungspunkt in Plattdeutsch behandelt werden soll.

Im Kreistag besteht Einvernehmen, den Punkt „Anfragen“ in plattdeutscher Sprache zu behandeln.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 15.06.2006**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 21. Sitzung des Kreistages am 15.06.2006 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 15.06.2006 sei der Kreisausschuss am 19.07. und 20.09.2006 zu Sitzungen zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Zur Finanzierung der geplanten BAB-Anschlussstelle Elsdorf mit den dazugehörigen Ortsumgehungen würden Zuschüsse aus Bundesmitteln bzw. von der EU im Rahmen der Konvergenzförderung erwartet. Voraussetzung für die Beantragung dieser Mittel sei eine möglichst unverzügliche Vorlage konkreter Planunterlagen. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) übernehme die Federführung für die Planung der BAB-Anschlussstelle Elsdorf mit dazugehörigen Ortsumgehungen sowie 50 % der nicht durch Zuschüsse gedeckten Planungskosten, soweit sich die betroffenen Kommunen ebenfalls mit 50 % beteiligten.
2. Dem Abschluss einer Vergleichsvereinbarung zwischen der Stadtreinigung Hamburg (SRH) und den Landkreisen Harburg, Stade, Rotenburg (Wümme) und Soltau-Fallingb. zur Beendigung des Rechtsstreits über die Höhe des Verbrennungsentgelts sei zugestimmt worden. Durch die mit dem Abschluss einer solchen Vereinbarung verbundene Bildung eines Selbstkostenfestpreises auf sicherer Kostengrundlage würden die Landkreise in die Lage versetzt, vor dem Verwaltungsgericht die gebührenrechtliche Erforderlichkeit der Kosten nachzuweisen.
3. Der Landkreis Rotenburg (Wümme), als Aufgabenträger des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in seinem Gebiet, habe für einen Zeitraum von jeweils 5 Jahren einen Nahverkehrsplan aufzustellen. Nachdem der Kreistag im Jahr 2003 den Nahverkehrsplan für den Zeitraum 2003 bis 2007 beschlossen hatte, werde die Verkehrsgesellschaft Nord-Ost-Niedersachsen nunmehr mit der Erarbeitung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes des Landkreises Rotenburg (Wümme) für die Jahre 2008 bis 2012 beauftragt.

Hierzu weist Landrat Dr. Fitschen ergänzend darauf hin, dass für die Erstellung des Nahverkehrsplanes durch die VNO keine zusätzlichen Kosten anfallen.

Auf die Frage des **Abg. Wölbern**, ob der Landrat den vom Kreisausschuss in seiner Sitzung am 20.09.2006 gefassten Beschluss zu einem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nicht für wichtig halte, antwortet **Landrat Dr. Fitschen**, dieser nach seiner Ansicht der geltenden Gesetzeslage entsprechende Beschluss sei ohne seine Beteiligung gefasst worden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Eine Informationsbroschüre des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden.
2. Die Metropolregion Hamburg habe ihre Förderrichtlinien in einem Leitfaden zusammengestellt. Ein Exemplar sei den Abgeordneten auf den Tisch gelegt worden. Weitere Exemplare würden an die kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden verteilt.

3. Bei einem Treffen von Vertretern der 69 Optionskommunen auf Bundesebene habe man sich darauf verständigt, die Öffentlichkeitsarbeit zur Darstellung der Erfolge bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen zu optimieren. Im Gegensatz zur Bundesagentur für Arbeit, die über ein Budget von 500 Millionen Euro für die Öffentlichkeitsarbeit verfüge, seien von den Optionskommunen hierfür bisher keine Mittel aufgewendet worden. Man habe sich nunmehr darauf geeinigt, dass von jeder Optionskommune ein Betrag von 6.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt werden solle.
4. Das zuständige Bundesministerium habe mittlerweile bekannt gegeben, wie sich die Kürzung der Regionalisierungsmittel, gegen die bundesweit kein Landkreis protestiert habe, für das Jahr 2006 auswirke. Die Bundesmittel würden von insgesamt 3,3 Milliarden auf 2,8 Milliarden Euro gekürzt. Davon entfalle ein Betrag von 240 Millionen Euro auf das Land Niedersachsen. Im Jahr 2005 habe der Landkreis Rotenburg (Wümme) noch einen Betrag von 740.000 Euro erhalten. Nach der bisher geltenden Regelung wären dem Landkreis in 2006 insgesamt 752.000 Euro zugeflossen, nach erfolgter Kürzung ergebe sich noch ein Betrag in Höhe von 741.000 Euro. Damit falle die Kürzung der Regionalisierungsmittel insgesamt nicht so dramatisch aus.

Landrat Dr. Fitschen verlässt die Sitzung und nimmt bei den Zuhörern Platz.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Entlastung des Landrats aus der Jahresrechnung 2004
des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2001-06/1475**

Abg. Holsten erklärt, der Prüfungsausschuss habe sich in seiner Sitzung am 20.09.2006 eingehend mit dem Schlussbericht, dem Prüfungsbericht und den Stellungnahmen der Verwaltung befasst. Dabei seien von der Verwaltung auf alle im Detail angesprochenen Fragen zufrieden stellende Antworten gegeben worden. Deshalb hätten sowohl der Prüfungsausschuss als auch der Kreisausschuss dem Kreistag einstimmig empfohlen, dem Landrat die Entlastung aus der Jahresrechnung 2004 zu erteilen.

Abg. Dreyer meint, zwar habe in den Fraktionen Einigkeit bestanden, den Prüfungsbericht aus Zeit- und Kostengründen nicht im Finanzausschuss zu behandeln, dies sei dennoch bedauerlich. Zum Schuldenstand des Landkreises sei anzumerken, dass diese mit fast 70 Millionen Euro erheblich seien. Es müsse bedacht werden, welche Bürde man hiermit den nachfolgenden Generationen hinterlasse. Es sei zu befürchten, dass sich der Schuldenstand im Laufe des Jahres 2006 noch auf ca. 75 Millionen Euro steigern werde. Für die Vergangenheit könne hieran nichts mehr geändert werden. Aber in der Zukunft müsse der Kreistag darauf achten, dass bei der Schuldenentwicklung gegengesteuert werde. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Landkreis sei ein Anstieg von 15,5 % zu verzeichnen. Dieser dramatische Anstieg liege weit über dem Landesdurchschnitt. Hinzu kämen noch die Verbindlichkeiten gegenüber dem Betrieb Abfallwirtschaft sowie eine Restzahlung für die Errichtung des kreisweiten Datennetzes. Er appelliere an den neu gewählten Kreistag, die Schuldenlast wieder zu verringern. Nur dann werde der Landkreis wieder in die Lage versetzt, wichtige Investitionen zu tätigen und damit auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen.

Abg. Wilshusen meint, hierüber müssten sich dann alle Fraktionen einig sein und auf die Stellung von Anträgen, deren Realisierung mit hohen Ausgaben verbunden sei, verzichten.

Abg. Bargfrede führt aus, die Forderung des Abg. Dreyer hinsichtlich der Notwendigkeit zum Schuldenabbau unterstütze er uneingeschränkt. Allerdings sei es verwunderlich, dass die SPD-Kreistagsfraktion auf ihrer jüngsten Tagung nach einem entsprechenden Zeitungsbericht noch kostenintensive Forderungen z. B. nach einem Ausbau der Ganztagsbeschulung und des ÖPNV im Landkreis formuliert habe. Wenn das Ansinnen der SPD-Fraktion nach einem Abbau der Schulden ernst gemeint sei, könnten diese Forderungen so nicht verwirklicht werden.

Abg. Dreyer erklärt dazu, im Bereich des Schulbaus würden die Gemeinden, z. B. die Samtgemeinde Sottrum, gegenüber dem Landkreis in Vorleistung treten (geändert aufgrund Kreisausschussbeschluss vom 28.11.2006). Auch müsse der Landkreis dafür sorgen, dass er vom Bund und vom Land die nötigen Mittel erhalte, um seine Aufgaben, z. B. hinsichtlich des Ausbaus der Ganztagsbeschulung, entsprechend erfüllen zu können.

Abg. Holsten meint, ein Großteil der Schulden sei dadurch entstanden, dass die Ausgaben des Landkreises für durch Bundes- und Landesgesetze vorgegebene Leistungen im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe drastisch angestiegen seien. Der Landkreis Rotenburg gehöre zwar nicht zu den reichen Landkreisen in der Bundesrepublik. Wenn aber in der Statistik der Verschuldung auch die Kassenkredite berücksichtigt würden, stünde der Landkreis Rotenburg besser da.

Abg. von Bothmer führt aus, es sei hier über die Entlastung des Landrates aus der Jahresrechnung 2004 zu entscheiden. Die Aussprache befasse sich aber bereits mit zukünftigen Entwicklungen. Damit werde sich der neu gewählte Kreistag auseinandersetzen müssen. Er beantrage, über die Entlastung zu beschließen.

Kreisrat Höhl erklärt, die Schuldenstatistik des Landes sei nicht vollständig. Viele Landkreise hätten Bereiche ausgegliedert, welche deswegen hierin nicht erfasst seien. Auch die Kassenkredite würden nicht berücksichtigt, ansonsten befände sich der Landkreis Rotenburg im vorderen Drittel. Eine weitere Ursache für die Schuldenentwicklung sei auch die Umsetzung der Schulstrukturreform, die im Landkreis Rotenburg bereits zu 100 % erfolgt sei. Andere Landkreise hätten diese Entwicklung noch vor sich. Im übrigen sei zu erwähnen, dass der Landkreis auch für das Jahr 2006 keine Nettoneuverschuldung veranschlagt habe.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt gemäß § 65 NLO i.V.m. § 101 Abs. 1 NGO die Jahresrechnung einschließlich der Sonderrechnung des Betriebes Abfallwirtschaft des Landkreis Rotenburg (W.) für das Haushaltsjahr 2004 anzunehmen und dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung die Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Landrat Dr. Fitschen nimmt wieder an der Sitzung teil.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Verwendung des Ergebnisses des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft für das Jahr 2004**
Vorlage: 2001-06/1476

Beschluss:

Der Jahresüberschuss des Nettoregiebetriebes Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2004 (233.784,98 €) wird mit Verlustvorträgen aus Vorjahren (267.535,62 €) verrechnet. Der Fehlbetrag (- 33.750,34 €) wird auf das Wirtschaftsjahr 2005 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 8.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2141.942000 (Sanierung, bauliche Ergänzung - Pestalozzischule Rothenburg)**
Vorlage: 2001-06/1479

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2141.942000 (Sanierung, bauliche Ergänzung (98)) in Höhe von 45.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 2142.940000. Die im Haushaltsplan 2006 ausgebrachte Sperre wird bis zur Höhe der zur Deckung erforderlichen Mittel aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.2 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2310.540000 (Energie, Heizmaterial - Gymnasium Bremervörde)**
Vorlage: 2001-06/1484

Abg. Treu weist auf die vorangegangene Beratung der Angelegenheit im Kreisausschuss hin. Dabei habe sie angefragt, aus welchem Grund bei diesen drei Schulen im Gegensatz zu den übrigen kreiseigenen Schulen höhere Energiekosten entstanden seien.

Abg. von Bothmer meint, die Energiekostenentwicklung der kreiseigenen Schulen müsse vergleichbar dargestellt werden.

Kreisrat Höhl erklärt, der Anstieg der Energiekosten habe bei allen kreiseigenen Schulen 20 bis 30 % betragen. In einem Fall sei die Steigerung auf eine Vertragsanpassung zurückzuführen. Für die beiden Schulen in Bremervörde seien die Ansätze nach einer entsprechenden Anfrage in der Sitzung des Schulausschusses im November 2005 übermäßig stark gekürzt worden. Bei den übrigen Schulen reichten die veranschlagten Mittel aus.

Abg. Treu regt an, an den kreiseigenen Schulen einen Wettbewerb Energiesparen zu initiieren und evtl. Energieberater zu bestellen. Im Rahmen eines solchen Wettbewerbes könnten Konzepte erarbeitet und Anreize zum Energiesparen geschaffen werden.

Landrat Dr. Fitschen meint, das Thema Energiesparen in den Schulen müsse grundsätzlich angegangen werden. Hieraus könnten sich dann ggf. noch bessere Lösungen ergeben.

Abg. Bruns erklärt, er habe eine solche Anregung dem Kreistag schon vor fast 10 Jahren vorgetragen. Im Landkreis Verden sei dagegen so etwas bereits umgesetzt worden. Dabei hätten sich erhebliche Mitteleinsparungen ergeben, die für bauliche Maßnahmen in Form von zusätzlicher Dämmung, Erneuerung von Fenstern usw. verwendet worden seien. Im Landkreis Rothenburg (Wümme) dauerten derartige Überlegungen dagegen sehr lange.

Landrat Dr. Fitschen hält dem entgegen, auch im Landkreis Rotenburg (Wümme) seien Maßnahmen getroffen worden. Man habe auch hier die Schulgebäude überprüft und im Hinblick auf Energiesparmaßnahmen entsprechende Verbesserungen an den Räumlichkeiten vorgenommen.

Abg. Bruns meint, es gehe vielmehr darum, den Schulen das Bewusstsein zum Energiesparen zu vermitteln.

Abg. Wilshusen erklärt, die Problematik sei auch bereits im Ausschuss für Hoch- und Tiefbau erläutert worden. Hiermit werde sich der neu gewählte Kreistag noch weiter beschäftigen müssen.

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2310.540000 (Energie, Heizmaterial – Gymnasium Bremervörde) über 27.100,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 2500.162000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8.3 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2500.540000 (Energie, Heizmaterial - Johann-Heinrich-von-Thünen-Schule Bremervörde)**
Vorlage: 2001-06/1482

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2500.540000 (Energie, Heizmaterial) über 19.500,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Haushaltsstellen 2142.162000 und 2500.162000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8.4 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2501.540000 (Energie, Heizmaterial - Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme))**
Vorlage: 2001-06/1483

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2501.540000 (Energie, Heizmaterial – Berufsbildende Schulen Rotenburg (Wümme)) über 14.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 2502.162000.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.5 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 2929.712000 (Zuweisung zu den Unterhaltungskosten - Schullastenausgleich)**
Vorlage: 2001-06/1480

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 2929.712000 (Zuweisung zu den Unterhaltungskosten – Schullastenausgleich) in Höhe von 255.400,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 9000.041010 (Schlüsselzuweisung).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.6 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 4122.730310 (Hilfen für ambulant betreutes Wohnen für seelisch behinderte Menschen (nach Vollendung des 60. Lebensjahres))**
Haushaltsstelle 4122.730410 (Hilfen für ambulant betreutes Wohnen für geistig behinderte Menschen (nach Vollendung des 60. Lebensjahres))
Vorlage: 2001-06/1477

Beschluss:

Den außerplanmäßigen Ausgaben bei den Haushaltsstellen 4122.730310 (Hilfen für ambulant betreutes Wohnen für seelisch behinderte Menschen (nach Vollendung des 60. Lebensjahres)) über 40.000,00 € und 4122.730410 (Hilfen für ambulant betreutes Wohnen für geistig behinderte Menschen (nach Vollendung des 60. Lebensjahres)) über 25.000,00 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8.7 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Haushaltsstelle 5100.981000 - Landesumlage für Investitionen - Krankenhäuser Allgemein**
Vorlage: 2001-06/1460

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 5100.981000 (Landesumlage für Investitionen) in Höhe von 129.152,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei den Haushaltsstellen 9000.361000 (Zuweisungen für Investitionen) und 8800.340000 (Einnahmen aus der Veräußerung von bebauten Grundstücken).

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8.8 der Tagesordnung: **Unterrichtung**
Vorlage: 2001-06/1450/1

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Neufassung der Satzung für die Sparkasse Rotenburg-Bremervörde**
Vorlage: 2001-06/1491

Landrat Dr. Fitschen weist auf die den Abgeordneten auf den Tisch gelegte Fassung des Satzungsentwurfs hin. Darin seien die gegenüber der vom Nieders. Finanzministerium erstellten Mustersatzung vorgenommenen Änderungen kenntlich gemacht. Lediglich bei den §§ 3, 5 und 7 habe überhaupt ein Gestaltungsspielraum bestanden. Die Anzahl der Mitglieder des Verwaltungsrates sei unverändert geblieben.

Unter Hinweis auf die §§ 2 und 3 der Sparkassensatzung erklärt **Abg. Dreyer**, die Sparkassen hätten den Auftrag, die notwendigen Einrichtungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Fläche zu erhalten. Darauf sollten auch die Vertreter des Landkreises im Verwaltungsrat ein besonderes Augenmerk richten. Die bei anderen Banken angekündigten Vorhaben, Filialen in den Dörfern zu schließen, könnten nicht im Sinne des Landkreises sein. Dies gerade auch im Hinblick auf die Bedürfnisse älterer Menschen.

Beschluss:

Die Satzung für die Sparkasse Rotenburg-Bremervörde wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen**
Vorlage: 2001-06/1471

Abg. Frau Brandt führt aus, die SPD-Fraktion werde dem Entwurf der Vereinbarung zustimmen, weil diese auch von den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Kommunen akzeptiert worden sei. Allerdings sei die Erhöhung der Förderbeträge nur marginal. Für die Vorhaltung der Plätze seien die Kosten in den Gemeinden deutlich höher gestiegen, so dass diese eigentlich mit der Vereinbarung nicht ganz zufrieden sein könnten. Deshalb müsse rechtzeitig über eine Modifizierung beraten werden. Der Landkreis dürfe nicht versuchen, in seine Zuständigkeit fallende Kosten auf die Gemeinden abzuwälzen. Es müsse verstärkt darauf geachtet werden, dass Kindertageseinrichtungen, die einen hohen Standard anböten, auch eine höhere Förderung erhalten.

Abg. Bargfrede meint, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 seien die wichtigsten der heutigen Kreistagssitzung. Es sei eine bedeutende Aufgabe, auch für den neu gewählten Kreistag, den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Landkreis sicherzustellen. In weiteren Gesprächen mit den Gemeinden müsse versucht werden, eine bedarfsgerechte Ausstattung im Landkreis zu erreichen. Er danke der Arbeitsgruppe für die geleistete Arbeit.

Abg. Ringe erklärt, die Integrationsgruppen in Kindertageseinrichtungen würden in der Vereinbarung nicht berücksichtigt. Kindergärten mit Integrationsgruppen dürften weniger Plätze belegen und hätten damit einen höheren Kostenaufwand für die gleiche Leistung. Dies sei zwar in der Arbeitsgruppe angesprochen worden, aber faktisch würden solche Kindergärten immer noch benachteiligt.

Landrat Dr. Fitschen weist auf die Wichtigkeit von Integrationsgruppen in Kindergärten hin. Es sei klar, dass diese mehr Förderung bräuchten. Die Problematik sei in der Arbeitsgruppe auch behandelt worden.

KVOR´in Körner ergänzt, die jetzt erarbeitete Vereinbarung stelle zwar schon einen großen Schritt beim Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder im Landkreis dar. In diesem Bereich würden aber in den kommenden Jahren noch mehr Kosten auf den Landkreis zukommen.

Beschluss:

Dem vorliegenden Entwurf der Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Jugendhilfeplanung; hier: Jährliche Ausbaustufen zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Kindertagespflege für den Übergangszeitraum bis 1. Oktober 2010**
Vorlage: 2001-06/1472

Abg. Braunschur meint, die Bedarfserhebung des Landkreises zur Tagesbetreuung habe zu fragwürdigen Ergebnissen geführt. Viele Fragebögen seien von den Eltern nicht zurückgesandt worden. Sie hoffe, dass der Fragebogen bis zur nächsten Erhebung überarbeitet werde, so dass eine vernünftige Bedarfsermittlung gesichert sei. Dennoch werde die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Landrat Dr. Fitschen hält dem entgegen, die Form der Bedarfserhebung sei seinerzeit mit dem Nds. Landesamt für Statistik erörtert worden. Er halte eher die hierzu erschienenen Presseberichte in einer Zeitung für fragwürdig.

Beschluss:

Das bedarfsgerechte Angebot für die Betreuung von unter Dreijährigen im Landkreis Rotenburg (Wümme) ist in jährlichen Ausbaustufen von 20% bis zum 01. Oktober 2010 umzusetzen. Der Ausbauplan ist den festgestellten Bedarfen anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Wilshusen verlässt den Sitzungsraum.

Punkt 12 der Tagesordnung: **Pendlernetz - Einsatz einer Online-Software zur Vermittlung von Fahrgemeinschaften; Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2005**
Vorlage: 2001-06/1395

Abg. Lauber begrüßt die Absicht der Verwaltung, über die Internetseite des Landkreises einen Bürgerservice Pendlernetz anzubieten. Nicht nur wegen der hohen Zahl von Pendlern im Landkreis Rotenburg, sondern auch wegen der hohen Benzinpreise, aus Gründen des Klimaschutzes und zur Verringerung des Verkehrsaufkommens sei dies sinnvoll. Ein solches Pendlernetz könne noch nutzbringender eingesetzt werden, wenn sich auch die Nachbarlandkreise anschließen würden. Anfang Oktober werde innerhalb der Metropolregion über den Einsatz einer Software beraten, der Landkreis Osterholz prüfe dies derzeit auch. Die Firma Moveco habe eine solche Software bereits erfolgreich eingeführt. Wichtig sei, dass ein qualitativ hochwertiges Programm eingesetzt werde. Er fragt, ob bereits Verhandlungen mit den Anbietern geführt worden seien.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, es habe Gespräche mit der Firma Moveco gegeben. Auch nach seiner Ansicht sei die Qualität der eingesetzten Software von großer Bedeutung. Der Landkreis solle sich zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht einseitig binden. Wichtig sei eine Beteiligung möglichst vieler Landkreise.

Abg. Keller meint, der Landkreis müsse in der Sache vorankommen.

Abg. von Bothmer führt aus, der Kreistag solle zu gegebener Zeit darüber informiert werden, wie die eingesetzte Software zu handhaben sei und welche Erfolge damit erreicht werden könnten.

Beschluss:

Der Landkreis biete über seine Internetseite einen Bürgerservice Pendlernetz an. Hierzu wird nach Prüfung der in Frage kommenden Programme eine entsprechende Software installiert, mit der online Fahrgemeinschaften gebildet werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Abg. Wilshusen nimmt wieder an der Sitzung teil.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Bestellung eines Prüfers des Rechnungsprüfungsamtes
Vorlage: 2001-06/1448**

Beschluss:

Herr Matthias Cordes, geb. 29.09.1964, wird zum Prüfer beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Rotenburg (Wümme) berufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: **Grundstücksangelegenheit - Erwerb eines unbebauten
Grundstückes in Bremervörde
Vorlage: 2001-06/1461**

Abg. Althaus erklärt, die SPD-Fraktion begrüße den beabsichtigten Grundstückskauf durch den Landkreis. Dieser sei sinnvoll, weil bei der Schule am Mahlersberg auch wegen der Einrichtung eines weiteren Förderzweiges mehr Platzbedarf entstehe. Er habe schon vor längerer Zeit im Kreisausschuss vorgeschlagen, dort ein größeres Grundstück zu erwerben.

Kreisrat Höhl erklärt hierzu, erst durch den Verkauf eines kreiseigenen Grundstückes in Zeven seien in diesem Jahr Mittel für den Ankauf eines Grundstückes in Bremervörde verfügbar geworden. Der Landkreis habe dann sofort Verhandlungen mit dem Land aufgenommen. Es habe sich dann die Gelegenheit ergeben, den nun in Rede stehenden Grundstücksteil zu erwerben. Evtl. bestehe noch die Möglichkeit über einen weiteren Grundstückserwerb mit dem Eigentümer der angrenzenden Fläche zu verhandeln.

Beschluss:

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) erwirbt vom Land Niedersachsen ein noch zu vermessendes Teilstück aus dem Flurstück 73/16 der Flur 25 von Bremervörde in Größe von ca. 1.830 m² zum Preis von 98.000,00 € zuzüglich Nebenkosten. Zur Realisierung dieses Grunderwerbs werden bei der Haushaltsstelle 8800.932000 (Grunderwerbskosten) 105.000,00 € außerplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 15 der Tagesordnung: **Anfragen**

Landrat Dr. Fitschen weist auf die den Abgeordneten auf den Tisch gelegte Anfrage des Abg. Dreyer vom 21.08.2006 sowie die dazu ergangene Antwort der VNO hin. Er erklärt weiter, der Geschäftsführer der VNO, Herr Opalka, sei bereit, in einer der nächsten Sitzungen des zuständigen Fachausschusses zu berichten.

Abg. Dreyer weist auf die zum Teil langen Wartezeiten für Pendler aus Sottrum in Richtung Hamburg auf dem Rotenburger Bahnhof hin. Die VNO wolle in weiteren Verhandlungen versuchen, hier Abhilfe zu schaffen. Hier müsse auch der Landkreis seinen Einfluss geltend machen.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, die Verhandlungen hinsichtlich der Durchtarifierungsverluste seien mittlerweile abgeschlossen. Die dadurch für den Landkreis entstehenden Kosten halte er für überschaubar. Hierüber müsse aber der neue Kreistag entscheiden. Er würde es begrüßen, wenn die Bürger zukünftig ohne einen Wechsel des Tarifverbundes von Bremen nach Hamburg fahren könnten.

Abg. Behnken spricht den Fall eines Unternehmers im Gewerbegebiet Sandbostel an, dem es vom Landkreis untersagt worden sei, auf seinem Grundstück die Deutschlandfahne zu hissen. Er fragt, nach dem Grund hierfür.

Landrat Dr. Fitschen erklärt, hier gehe es im wesentlichen um einen Zaun, der auf dem betreffenden Grundstück ohne die notwendige Genehmigung errichtet worden sei. In diesem Zusammenhang sei dem Eigentümer auch die Benutzung der Fahnenmasten untersagt worden. Nach seiner Ansicht hätte die Angelegenheit mit dem Grundstückseigentümer auch gütlich geregelt werden können. Die Verfügung des Landkreises sei aber in der Sache korrekt. Die Fahnenmasten könnten an anderer Stelle auf dem Grundstück wieder aufgestellt werden, wo sie aus denkmalschutzrechtlicher Sicht nicht störend seien.

Auf die Nachfrage des **Abg. Wilshusen**, ob der zukünftige Landrat diese Angelegenheit genauso beurteile, antwortet **Landrat Dr. Fitschen**, die Verfahrensweise sei mit seinem Nachfolger abgesprochen.

Auf den Hinweis des **Abg. Behnken**, dass in der Verfügung des Landkreises ausdrücklich eine Untersagung des Hissens der Deutschlandfahne genannt worden sei, erklärt **Landrat Dr. Fitschen**, die Formulierung sei unglücklich gewählt worden.

Punkt 16 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Herr **Heinrich Menke** aus Rotenburg fragt nach der Anzahl der Biogasanlagen im Landkreis Rotenburg (Wümme) und möchte wissen, wie die problemlose Entsorgung der Gärreststoffe geregelt sei.

Erster Kreisrat Luttmann antwortet, die Zahl der Biogasanlagen belaufe sich zur Zeit auf etwa 50 in Art und Größe sehr unterschiedliche Anlagen. Für die Entsorgung der Gärreststoffe müssten Flächennachweise vorgelegt werden.

Herr Menke fragt weiter, wie kontrolliert werde, dass nicht zuviel Reststoffe auf einzelne Flächen aufgebracht werde.

Erster Kreisrat Luttmann antwortet, die vorgelegten Nachweise würden vom Landkreis gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer ausgewertet.

Auf die weitere Frage des **Herrn Menke**, nach der Einschätzung des Gefahrenpotentials hinsichtlich möglicher Explosionen, antwortet **Erster Kreisrat Luttmann**, nach Expertenmeinung bestehe hierfür im Prinzip keine Gefahr.

Auf die Frage des **Herrn Menke** zur Einschätzung des Landrates zu den Auswirkungen einer Schwankung der Meeresspiegel auf den Landkreis antwortet der **Landrat**, wenn der Meeresspiegel um bis zu 10 cm schwanke, würde dies durch die Staugraben der Unterhaltungsverbände ausgeglichen werden können.

Punkt 17 der Tagesordnung: **Verabschiedung der mit Ablauf der Wahlperiode aus dem Kreistag ausscheidenden Kreistagsabgeordneten**

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die aufgrund des Ergebnisses der Kreiswahl vom 10.09.2006 große Zahl der mit Ablauf dieser Wahlperiode ausscheidenden Abgeordneten des Kreistages hin.

Landrat Dr. Fitschen dankt den Abgeordneten für die in der zu Ende gehenden Wahlperiode geleistete Arbeit. Es sei auch ein Verdienst der von diesem Kreistag praktizierten Politik mit Augenmaß, dass der Landkreis Rotenburg (Wümme) im Vergleich zu vielen anderen Landkreisen in Niedersachsen heute besser dastehe.

Anschließend erfolgt die Ehrung der ausscheidenden Abgeordneten. Die Abgeordneten Becker, Beneke, Braunschur, Fitschen, Grad, Grimm, Huhn, Imbusch, Lütjens, Lauber, Miesner, Prella, Rohr, Dr. Schumann-Mößeler, Thies, Wilshusen und von Hammerstein erhalten von **Landrat Dr. Fitschen** eine Urkunde und ein Buchgeschenk. Den Abgeordneten Althaus, Behnken, Jürgensen, Hasselhoff, Klindworth, Schröder und Treu, die dem Kreistag 20 Jahre und länger angehört haben, überreicht der **Landrat** zusätzlich eine Goldmünze des Landkreises.

Abg. Althaus erklärt, im Hinblick auf die finanzielle Situation des Landkreises wolle er die Goldmünze nicht annehmen.

Den bei der heutigen Sitzung nicht anwesenden Abgeordneten H.-H. Brandt und Schleeßelmann werden die Urkunde und das Buchgeschenk und dem Abgeordneten Borngräber zusätzlich die Goldmünze des Landkreises zu einem späteren Zeitpunkt ausgehändigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung. Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender

Landrat

Protokollführer